

29. November 2006
Die Presse

„Kleines Hainburg“: **Wer die Polizei ruft, verliert**

VON MARTIN STUHLPFARRER UND RAINER NOWAK (Die Presse) 29.11.2006

Lobau. Bisher wagt nur VP-Chef Hahn, die Räumung zu fordern.

Politisch kann Michael Häupl nur verlieren: Wenn die Stadtregierung, die den Lobau-Tunnel seit Jahren vehement fordert, das Projekt aufgibt, verliert sie das Gesicht. Wenn sie die Gruppe von Umweltaktivisten, die die Lobau dieser Tage als große Bühne benutzt, von der Polizei abführen lässt, hat sie imagemäßig ein neues Hainburg. Daher macht Häupl, was ein Politiker in solchen Situationen macht: nichts.

Ähnlich agiert die Asfinag, die das Projekt, dem die Probebohrungen für den neuen Lobau-Tunnel vorausgehen, umsetzen soll und will. Die Gesellschaft unter der Führung von Ex-FPÖ-Chef Mathias Reichhold beteuert immer, die finanziellen Mittel zu haben - trotz eines Schuldenstandes von rund zehn Milliarden Euro. Ein möglicher schwarzer Peter? Häupl: "Derzeit wird sich die Asfinag nicht einmal einen Holzsteg leisten können." Soll heißen: Verzögert sich der Autobahnring (und damit die Investition von 1,6 Milliarden Euro) käme das der Asfinag finanziell nicht ungelegen, heißt es genüsslich im Rathaus. Und: Die Asfinag hätte dann auch die Verantwortung für das "Umfallen" zu tragen.

Häupl setzt auf Zeit: Die Zahl der Lobau-Aktivisten ist überschaubar. Die neue Nordost-Umfahrung und der Tunnel sollen bis 2015 fertig gestellt sein. Für die SPÖ bleibt die Hoffnung, dass sich die Lobau-Proteste totlaufen - was bei dem guten Organisationsgrad der Aktivisten nicht sehr wahrscheinlich ist. Erst bis 31. März müssen die Probebohrungen über die Bühne gegangen sein. Dann endet die Bohrgenehmigung der Asfinag und das Projekt verzögert sich um ein Jahr - nachdem im Naturschutzgebiet während der Vegetationszeit keine Arbeiten durchgeführt werden dürfen. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden fordern mit Nachdruck den Autobahnring, um ihre Gemeinden zu entlasten, und drohen bereits mit Blockaden wichtiger Straßenverbindungen.

Wer also riskiert ein neues Hainburg? Häupl nicht: "Wer heute den Tunnel (unter der Donau, Anm.) verhindert, wird morgen die Brücke bekommen. Es ist nicht einzusehen, dass 30 bis 40 Leute den Willen von Millionen blockieren."

Nur VP-Obmann Johannes Hahn wagt sich im Gespräch mit der "Presse" weiter aus der Deckung: "Es gibt einen gültigen Bescheid für Probebohrungen. Der Staat muss diese Rechtslage auch irgendwann herstellen. Und am Ende kann das auch heißen: Polizei". Also doch Hainburg? Hahn: "Ich hatte großes Verständnis und Sympathie für die Aktivisten in Hainburg und Zwentendorf, aber das ist etwas völlig anderes. Hier geht es zum Probebohrungen. Sollten sie negativ verlaufen, gibt es gar keinen Tunnel."

Auch Hahn weiß: Ein Polizeieinsatz würde genau jene Bilder liefern, die die Umweltaktivisten als Werbung benötigen. Sie leben von der öffentlichen Wahrnehmung (Spenden) und brauchen daher Aufsehen erregende Aktionen im Kampf gegen etwas: Gegen die Autobahn, gegen den Tunnel, gegen die Asfinag und gegen die vermeintliche Zerstörung der Lobau. Auf eine Entscheidung wird weiter gewartet werden müssen, dem Vernehmen nach sollen sogar die Grünen gebeten worden sein, zu vermitteln. Ohne Erfolg. Wie formulierte es der Bürgermeister einer Anrainer-Gemeinde: "Ich möchte nicht in der Haut der Entscheidungsträger stecken."

Oder wie es Hahn von der bequemen Oppositionsbank aus formuliert: "Jetzt ist der gute Mann einmal gefordert. Er liefert ja auch zu unwichtigeren Themen gute Sager." Gemeint ist natürlich Michael Häupl.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=c&ressort=w&id=601903>